



# Gegen Leerlauf. Für Solidarität.

## „Gefahr droht nicht mehr durch Panzer und Stiefel“

ANDREAS KOLLER

SN: Die SPÖ war jahrzehntlang gegen die Wehrpflicht. Woher der plötzliche Sinneswandel?

Androsch: Sicher waren auch wahltaktische Überlegungen dabei. Es hat sich aber die Einsicht durchgesetzt, dass die zwangsweise Wehrpflicht ausgedient hat. Und zwar aus sicherheitspolitischen, militärtechnologischen und wirtschaftlichen Gründen.

SN: Können Sie das ausführen?

Androsch: Was die Sicherheitspolitik betrifft: Wir sind hinsichtlich unserer Grenzen und unseres Territoriums nicht mehr bedroht, weder im Marchfeld oder im Seewinkel noch in der Oststeiermark oder am Karawankenkamm. Die Gefahr droht nicht mehr durch Panzer oder Stiefel, sondern aus der Steckdose durch Cyberterroristen, durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, durch unerwünschte Migration, durch den Konflikt um Rohstoffe. Derlei können Präsenzdiener nicht erledigen.

SN: Sie meinen also, wir brauchen Profis statt Präsenzdiener.

Androsch: Richtig. Wir haben für die Sicherheit im Inneren ja auch keine zwangsweise rekrutierte Bürgerwehr, sondern eine freiwillige Berufspolizei mit jahrelanger Ausbildung. Auch der Blick über unsere Grenzen spricht gegen die Wehrpflicht. 21 EU-Staaten, die mehr als 90 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren, haben inzwischen ein Berufsheer. Die Amerikaner haben das schon seit 1973.

SN: Sie sagten, auch wirtschaftlich spreche alles gegen die Wehrpflicht. Warum?

Androsch: Weil es eine Verschwendung von Ressourcen ist, dass man die Leute nach der Grundausbildung vier Monate lang im Leerlauf lässt. Sie haben dadurch Nachteile bei Einkommen, Karriere oder Studium – und der Wirtschaft fehlt die Arbeitsleistung der Präsenz- und Zivildieners.

SN: Andererseits sagen Experten, dass ein Berufsheer teurer sei.

Androsch: Das ist nicht richtig. Denn wir haben ja jetzt schon ein Berufsheer mit rund 15.000 Berufs- und Zeitsoldaten und 8000 Verwaltungsbeamten – für 11.000 Präsenzdiener. Das Problem dieses Berufsheers ist, dass es überaltert ist und wegen des Dienstrechts einen Wasserkopf aufweist. Wenn wir dieses Heer verjüngen und verschlanken, indem wir für

die Berufssoldaten eine zweite Karriere außerhalb des Heeres eröffnen, dann wird das nicht teuer. Und wir ersparen uns den riesigen wirtschaftlichen Verlust, der mit den Präsenzdienern automatisch verbunden ist. Was hat man davon, wenn man einen Elektriker, einen Tischler, einen Installateur braucht – und der muss in einer Kaserne herumhängen, wo er alles zu grüßen hat, was sich bewegt, alles zu putzen, was sich nicht bewegt und am Abend den Umsatz des Wirtes fördert.

SN: Salzburgs Landeshauptfrau Burgstaller argumentiert, die Wehrpflicht stärke die Solidarität in der Gesellschaft.

Androsch: Der Solidargedanke wird bei freiwilligen Tätigkeiten, etwa bei der Feuerwehr, bei den Arbeitersamaritern oder beim Roten Kreuz, viel besser gestärkt.

**Pro und Kontra.**  
Der einstige SPÖ-Vizekanzler und nunmehrige Industrielle Hannes Androsch führt das Komitee „Unser Heer“ an, welches sich für die Einführung eines Profiheers einsetzt. Der ehemalige Präsident der Industriellenvereinigung, Veit Sorger, wirbt mit der Initiative „Einsatz für Österreich“ für die Wehrpflicht. Die SN baten die beiden vor Mikrofon.



Fürs Berufsheer: Ex-Vizekanzler Hannes Androsch. Bild: SNA/PA



Für die Wehrpflicht: Ex-Industriellenchef Veit Sorger. Bild: SNA/PA

ALEXANDER PURGER

SN: Warum kämpft ausgerechnet ein Industrieller an vorderster Front für die Wehrpflicht?

Sorger: Das Thema hat mich immer schon beschäftigt, vor allem im Hinblick auf die gesellschaftliche Solidarität und die Werte. Gerade in einer Zeit, die so stark finanzgesteuert ist wie unsere, halte ich es für wichtig, dass sich junge Leute eine Zeilang der Zivilgesellschaft zur Verfügung stellen.

SN: Warum?

Sorger: Weil es ohne Zusammenhalt in einer Gesellschaft einfach nicht geht. Wenn ich in Zukunft jeden Handgriff bezahlen, zerstöre ich den Wert der Freiwilligkeit und es gibt keine Solidarität mehr.

SN: Würden Sie am Bundesheer gar nichts verändern wollen?

Sorger: Das heutige Mischsystem aus Rekruten, Berufssoldaten und Miliz ist ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Und es ist weithin anerkannt. Fragen Sie die Bevölkerung, ob das Bundesheer irgendeinen Auslandseinsatz schlecht absolviert oder irgendeine Naturkatastrophe schlecht bewältigt hätte. Sie werden keine Klagen hören. Das heißt: Das Mischsystem funktioniert.

SN: Über die Ausbildung der Rekruten gibt es sehr wohl Klagen.

Sorger: Zu Recht. Hier gibt es Mängel. Wenn ein Rekrut sechs Monate seines Lebens zur Verfügung stellt, hat er ein Recht darauf, dass diese Zeit sinnvoll ausgefüllt ist. – Und zwar sportlich, weil das wichtig für die Volksgesundheit ist, aber auch inhaltlich.

SN: Wie soll das funktionieren?

Sorger: Nach den zwei Monaten Grundausbildung sollte jeder Rekrut einen Talente-Check durchlaufen, damit er beim Bundesheer gemäß seinen Neigungen und Fähigkeiten eingesetzt werden kann. Etwa als Pionier, als IT-Experte oder was immer. Das heißt, der junge Mann gibt dem System etwas, aber er soll auch etwas dafür bekommen. Nämlich eine sinnvoll ausgefüllte Zeit, aus der er etwas für sein späteres Leben mitnimmt.

SN: Wie viel würde eine solche Reform des Präsenzdienstes kosten?

Sorger: Das ist ganz leicht gegenzufinanzieren. Durch Verwaltungsabbau im Heer bekommt man rasch jene 50 Millionen Euro, die für eine solche inhaltliche Neuorientierung des Grundwehres notwendig sind.

SN: Das klingt jetzt wie die Behauptung, auch ein Berufsheer wäre leicht zu finanzieren.

Sorger: Das stimmt nicht. Ein Berufsheer wäre wesentlich teurer. Alle Berufsheere in Europa kosten das Doppelte unseres Bundesheers. Dazu kämen noch Umstellungskosten von einer Milliarde Euro. Also warum soll ich ein bewährtes System abschaffen, wenn ich es reformieren kann?

SN: Aber 21 von 27 EU-Staaten haben die Wehrpflicht abgeschafft. Haben sich die alle geirrt?

Sorger: Nein, das hing dort stark mit der NATO-Mitgliedschaft zusammen, die aber bekanntlich mit der österreichischen Neutralität nicht vereinbar ist. Ich würde aber nie sagen, die Wehrpflicht ist in Stein gemeißelt. Vielleicht haben wir in zehn Jahren eine Europäisierung der Verteidigung. Dann wäre die Wehrpflicht neu zu bewerten. Aber in der heutigen Situation ist sie das beste System.



Kommen und gehen. Am 20. Jänner scheidet das Volk, ob das Berufsheer kommt und die Wehrpflicht geht. Bild: SNA/PA



# Wettbewerb der Ideen für neues Heer

**Berufsheer.** ÖVP lüftet Zipfel ihres geheimen Wehrpflicht-Modells. SPÖ-Spitze scharft sich hinter dem Berufsheer-Modell von Darabos.

WIEN (SN). Knapp zwei Wochen vor der Volksbefragung am 20. Jänner hat die ÖVP am Montag einen Zipfel des Geheimnisses um ihr Wehrpflicht-Modell gelüftet. Die Rekruten sollen demnach einem „Talente-Check“ unterzogen werden, um gemäß ihren Neigungen und Fähigkeiten beim Heer eingesetzt zu werden.

Die Zahl der Systemerhalter soll nach dem Willen der ÖVP reduziert werden. Das Bundesheer soll zur „Sicherheitsschule der Nation“ werden und den Rekruten Wissen vermitteln, das sie im späteren Leben brauchen können. Die Kosten dieser Reform sollen bei 50 Millionen Euro liegen.

Die SPÖ-Spitze scharfte sich bei einer Präsidiumssitzung demonstrativ hinter Verteidigungsminister Norbert Darabos und dessen Berufsheer-Modell. Der Minister zeigte sich enttäuscht darüber, dass Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller entgegen der Parteilinie für die Wehrpflicht eintritt. Parteichef Werner Faymann sagte hingegen: „Das stört mich nicht.“ Burgstaller war zu der Sitzung nicht erschienen.

Der Leiter des Pro-Berufsheer-Komitees, Hannes Androsch, sagte im SN-Gespräch, die Wehrpflicht sei eine Verschwendung von Ressourcen. Österreich werde nicht mehr „durch Panzer und Stiefel“ bedroht, sondern etwa durch Cyberterroristen. Dagegen helfe kein Präsenzdiener, sagte Androsch.

Der Chef des Pro-Wehrpflicht-Komitees, Veit Sorger, konterte im SN-Interview, die Wehrpflicht habe sich bewährt und es gebe keinen Grund, ein jahrzehntelang bewährtes System abzuschaffen. Zudem käme ein Berufsheer wesentlich teurer, sagte Sorger.

Der grüne Abgeordnete Peter Pilz sagte wiederum, ein Berufsheer brauche nicht mehr als 10.000 Mann. Das könne man durch die Rückgabe der Eurofighter leicht finanzieren.

Von einem „Schwindel mit dem Profi-Heer“ spricht hingegen die Bundesvereinigung der Milizverbände. Ein Berufsheer sei „immer zu klein, wenn man es braucht, aber immer zu groß, wenn man es nicht braucht“, lautet der Standpunkt der Verbände. **Seite 3**